

Initiativgruppe Klimaallianz Ostalb
Frieder Zürcher
Ludwigstraße 49
73430 Aalen

Landratsamt Ostalbkreis
Herrn Landrat Dr. Joachim Bläse,
Kreistag des Ostalbkreises
Stuttgarter Straße 41
73430 Aalen

Aalen, im Mai 2026

PETITION

Das Ziel dieser Petition ist es, dass Personenkraftwagen (Pkw) mit verbotenen Abschalteinrichtungen im Abgasreinigungssystem aus dem Verkehr gezogen werden bzw. mit zeitlicher Befristung, den gesetzlichen Normen entsprechend, umgerüstet werden. Damit soll die Belastung durch gesundheitsschädliche Schadstoffe reduziert werden.

Autokonzerne haben in den Pkws der Abgasstufen Euro 5 bis 6 c illegale Abschalteinrichtungen in die Abgasreinigung eingebaut. Durch diese sogenannte Betrugssoftware schaltet die Abgasreinigung z. B. ab einer bestimmten Drehzahl oder Außentemperatur ab. Dadurch stoßen die Pkw bis zu 40 Mal so viele Stickoxide aus wie erlaubt. Hunderttausende Menschen im Ostalbkreis und hier besonders in den größeren Städten werden dadurch mit extrem gesundheitsschädlicher Stickstoffdioxid-Konzentration unnötigerweise belastet.

Wir von der Initiative Klimaallianz Ostalb fordern den Landkreis auf, alle im Landkreis betroffenen Fahrzeuge mit illegalen Abschalteinrichtungen amtlich zurückzurufen und deren Nachrüstung mit wirksamer Abgasreinigungstechnik zu veranlassen oder die Stilllegung auf Kosten der Hersteller anzuordnen.

In Deutschland fahren noch immer rund 7,8 Millionen Dieselfahrzeuge mit verbotener Abschalteinrichtung. Für die genaue Auflistung ist das Kraftfahrtbundesamt (KBA) zuständig. Nach Auflistung des KBA sind im Ostalbkreis von 66.250 Dieselfahrzeugen 39.109 betroffen (siehe dazu: Kraftfahrtbundesamt „Fahrzeugzulassungen, Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahranhängern nach Zulassungsbezirken“, FZ 1).

Jedes Jahr sterben laut Europäischer Umweltagentur allein in Deutschland mehr als 28.000 Menschen durch die Stickstoffdioxidbelastung aus dem motorisierten Verkehr. Zahllose Menschen leiden infolge unnötiger Schadstoffe an Allergien, Asthma sowie an Atemwegs- und Lungenerkrankungen. Besonders betroffen sind ältere Menschen und Kinder. Infolgedessen sind viele

junge Familien stark belastet. Dies macht uns sehr betroffen. Doch das Dulden der Behörden bedeutet auch ein stillschweigendes Einverständnis gegenüber dem Egoismus und dem Rechtsbruch der Autoindustrie. Dieses Ärgernis können und wollen wir nicht mehr tatenlos hinnehmen. Die genannten Beispiele verstärken unsere Sorge und Angst um die gegenwärtige und die nächste Generation. Wir wollen und können dazu nicht mehr schweigen.

Rechtliche Grundlage: Die Zulassungsstelle eines Landratsamtes kann bei einem Pkw mit einer unzulässigen Abschalteinrichtung die Zulassung rückgängig machen, d. h. **stilllegen** und/oder eine **Frist für die Nachrüstung setzen**. Die Betriebserlaubnis eines Fahrzeugs kann erlöschen, wenn es den Vorschriften nicht entspricht (§ 19 Abs. 2 StVZO). Dies ist bei einer unzulässigen Abschalteinrichtung zweifelsfrei der Fall.

Darüber hinaus wurde bereits auf hoher Gerichtsebene, beim Oberverwaltungsgericht Schleswig, bestätigt, dass das KBA rechtswidrig verbotene Abschalteinrichtungen freigegeben hat. Damit bestätigte das Gericht die Entscheidung der ersten Instanz und ließ eine Revision nicht zu.

Nach den europäischen Richtlinien, die auch für Deutschland bindend sind, werden die Grenzwerte für Stickstoffdioxide ab 2030 erheblich strenger. Ohne die Einhaltung gesetzlicher Regelungen sowie die Umsetzung weiterer ambitionierter Maßnahmen sind diese Vorgaben aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zu erfüllen.

Auch die Position Baden-Württembergs ist seit langem bekannt: Die Pflicht zur Umrüstung auf Kosten der Hersteller ist in einer Pressemitteilung des Landes bereits 2018 veröffentlicht worden. (*). Das Land reagierte schon 2018 mit Unverständnis, dass trotz klarer Rechtslage immer noch tausende Fahrzeuge nicht umgerüstet wurden.

Wir erkennen in der Stilllegung bzw. der Nachrüstung betroffener Fahrzeuge ein unverzichtbares Instrument, um die Grenzwerte einhalten zu können und den Schutz der Menschen im Ostalbkreis zu gewährleisten. Deshalb fordern wir den Landkreis zur sofortigen Umsetzung unserer Forderungen auf.

Für die Initiativegruppe Ostalb

Frieder Zürcher

(*)[Diesel-Fahrzeugen mit unzulässiger Abschalteinrichtung droht Betriebsuntersagung: Baden-Württemberg.de](https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/diesel-fahrzeugen-mit-unzulassiger-abschalteinrichtung-droht-betriebsuntersagung-1)

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/diesel-fahrzeugen-mit-unzulassiger-abschalteinrichtung-droht-betriebsuntersagung-1>